

Die europäische Gemeinschaft zwischen Egoismen und Solidarität:

Europas Zukunft in der Krise

Die Corona-Pandemie ist eine Bewährungsprobe für die Europäische Gemeinschaft. Die Entscheidung zwischen Egoismus und Solidarität wird dabei über die Zukunft Europas entscheiden. Die Städte, Landkreise und Gemeinden mit ihren zahlreichen Partnerschaften und Freundschaften zeigen in der Krise einmal mehr ihre Solidarität – in Europa und weltweit. Die Kommunen sind ein Garant für Zusammenhalt, Werte und Solidarität. Als Grundpfeiler Europas benötigen sie finanzielle und politische Unterstützung – und eine echte Partnerschaft auf Augenhöhe.

Ein Beitrag von
Lina Furch

Foto: Europäische Union



Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union sind sich in wichtigen Zukunftsfragen nicht immer einig

Das Jahr 2020 hat vieles verändert. Selten zuvor stand unsere Gesellschaft vor derart großen Herausforderungen wie heute. Dies gilt gleichermaßen für Deutschland, Europa und die Welt. Was die Corona-Pandemie für uns bedeutet, welche mittel- und langfristigen Folgen sie auf die Wirtschaft, die Umwelt, den sozialen Zusammenhalt und damit auf die Menschen haben wird, ist noch nicht gänzlich abzusehen.

Krisen wie die COVID-19-Pandemie decken die Stärken und Schwächen einer Gesellschaft schonungslos auf. Sie machen deutlich, an welchen Stellen wir über unsere Verhältnisse leben. Wirtschaften erweisen sich im Lockdown als verletzlicher als

gedacht, Gesundheitssysteme stoßen an ihre Grenzen, Kulturveranstaltungen werden stark beeinträchtigt, Alte bleiben in Seniorenheimen ohne Besuch, Kinder erleben, dass Schule nicht mehr selbstverständlich ist. Diese Beispiele ließen sich fortsetzen. Feiern, Konzerte, selbst der Karneval, haben ihre Selbstverständlichkeit verloren. Dies mögen Luxusprobleme sein. Vielerorts aber haben Menschen mit Einkommensverlusten, Arbeitslosigkeit und bleibenden gesundheitlichen Schäden durch COVID-19 zu tun. Die erschreckenden Bilder überlasteter Ärztinnen und Ärzte sowie Mitarbeitenden von Krankenhäusern, Tausende von Toten vor allem in Italien, aber auch in Frankreich, Spanien

Zur Autorin:

Lina Furch ist stellvertretende Generalsekretärin der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) sowie Leiterin der Abteilung Europa und Internationales und des Europabüros des Deutschen Städtetages (DST).

und weltweit, machen fassungslos und haben sich nachhaltig ins kollektive Gedächtnis eingearbeitet.

Erwartungsgemäß hätte sofort ein europäischer Solidaritätsmechanismus greifen müssen, der zeigt, dass wir gemeinsam die Krise bewältigen können. Aber weit gefehlt. Aus Hilflosigkeit heraus reagierte eine Reihe europäischer Staaten reflexartig mit nationalem Egoismus. „Masken, Tests und Impfstoffe sichern“, hieß das Motto der Stunde. Nach Ländern, die hilfsbedürftiger waren, wurde zunächst kaum gefragt. Einseitige Grenzschließungen und nationale Abschottung folgten und ließen den Glauben an Europa schwinden. Emotional aufgeheizte Debatten über die sogenannten Corona-Bonds beinhalteten Sprengkraft für die EU. Zwischenzeitlich fragte man sich, was aus der europäischen Solidargemeinschaft geworden beziehungsweise von ihr übriggeblieben ist.

Der Brexit und die Debatte um eine gerechte „Lasten“-Verteilung in der Flüchtlingsfrage sind weitere Beispiele für fehlende Solidarität. Die Corona-Pandemie zeigt die Herausforderungen an die Europäische Union aber wohl am deutlichsten: Alle sind betroffen – aber eben nicht gleich stark.

Tragischerweise verstärkt die COVID-19-Pandemie die zuvor bereits bestehenden Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten. Noch immer ist das soziale Gefälle in den Ländern und Regionen groß. Und von einer spürbaren Angleichung der Lebensverhältnisse in Europa sind wir immer noch weit entfernt. Deutlich wird dies beispielsweise, wenn wir über Lösungsansätze in der Klimadebatte sprechen: Wie nehmen wir Länder mit geringerem Wirtschaftswachstum mit oder Länder, die stark vom Kohleabbau abhängig sind?

Viele Herausforderungen und ungelöste Probleme

Gleichzeitig steht Europa vor zahlreichen weiteren Herausforderungen: In der EU stellt sich die Frage nach der Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit und europäischen Werten. Wie gehen wir damit um, wenn sich polnische Kommunen zu „LGBTI-freien Zonen“ deklarieren? Was ist unsere Antwort auf die Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit in Ungarn? Und was haben wir dem Erstarken antidemokratischer, nationalistischer und rechtspopulistischer Bestrebungen in Europa entgegenzusetzen?

Wird sich der EU-Austritt Großbritanniens als Spaltpilz erweisen oder wird der Brexit auf andere Regionen eher abschreckend

wirken? Wie werden wir EU-Europäerinnen und Europäer zukünftig mit Großbritannien in Europa zusammenleben? Und welche Auswirkungen wird dies auf das europafreundliche Schottland oder die Grenzsituation in Nordirland haben?

Weltpolitisch stellt sich die Frage, wie wir mit der Armut an den EU-Außengrenzen umgehen. Finden wir eine Lösung für einen gerechten Umgang und eine gerechte Verteilung von Geflüchteten? Kann Europa seine europäischen Werte glaubhaft verteidigen, wenn sich im Mittelmeer ein tödliches Flüchtlingsdrama abspielt? Oder schauen wir auf die Ukraine, mehr noch aktuell auf die Entwicklungen in Belarus: Wird die EU es schaffen, Belarus auf seinem Weg in eine funktionierende Demokratie erfolgreich zu unterstützen?



Foto: Europäische Kommission / Matthieu Rondel

Auf dem bisherigen Höhepunkt der Krise im Frühjahr dachten viele europäische Länder zunächst nur an sich und sicherten sich Masken, Tests und Impfstoffe

Europa muss endlich seine Rolle in der Welt finden. Denn die Kräfteverhältnisse haben sich verschoben. Die einstige sogenannte Weltpolizei USA wird momentan von einem Präsidenten geführt, der unberechenbar ist, „America first“ propagiert und vor allem nationale Belange verfolgt. An einer Partnerschaft mit Europa zeigt er kaum Interesse. Wird er es schaffen, Europa auseinander zu dividieren? Auch die Großmächte Russland und China verfolgen aggressiv ihre Ziele, die Europa gefährlich werden können. Europa droht, zu ihrem Spielball zu werden.

Die Herausforderungen sind zahlreich, vielfältig und äußerst ernst. Um nachhaltige Antworten zu finden, bleibt uns nicht viel Zeit. Notwendig sind Mut, Einsatz und unsere ganze Kreativität. Erfolgreich werden wir dann sein, wenn wir gemeinsam handeln und die Bürgerinnen und Bürger in allen europäischen Mitgliedstaaten mitnehmen. Selten zuvor waren Solidarität und Zusammenhalt so wichtig wie heute. Gerade in Zeiten großer Krisen, die an den Grundfesten unserer Gesellschaft rütteln, bedarf es der Bereitschaft, füreinander einzustehen und sich gegenseitig zu unterstützen.

Kommunale Solidarität nicht nur in Krisenzeiten

Dies kann nur gelingen, wenn die europäischen Kommunen als Partner auf Augenhöhe ernst genommen werden. In ihrer – weitgehenden – Selbstständigkeit sind sie bestens geeignet, die notwendige Solidarität praktisch zu leben und dadurch Zeichen zu setzen. Hier müssen nicht Regierungschefs mühsam Kompromisse finden. Vor Ort können sich Initiativen bilden, die mit Unterstützung ihrer Kommune Hilfslieferungen auf den Weg bringen. Hier müssen nicht bürokratische Hürden genommen werden, sondern von hier können unbürokratisch Ärztinnen und Ärzte in die Partnerstadt oder in Krisengebiete geschickt werden. Hier muss keine Runde der europäischen Außenminister tagen, um mit der Partnerkommune in Dialog zu treten zu der Frage, warum etwa Menschen mit einer anderen sexuellen Orientierung ausgesgrenzt werden. Hier zeigen Kommunen in unterschiedlichen Initiativen, wie sie mit Geflüchteten umgehen.

In der Corona-Pandemie haben die Kommunen einmal mehr ihre Solidarität gezeigt: Von Anfang an haben die europäischen Städte, Landkreise und Gemeinden die Beziehungen zu ihren Partnerkommunen nicht abreißen lassen – im Gegenteil. In beeindruckendem Engagement haben sie ihren Partnern pragmatisch und unkompliziert geholfen und auch selbst Solidarität erfahren: sei es durch Schreiben der Anteilnahme, Videobotschaften, bürgerschaftliches Engagement, durch Spendenaktionen, die Zusendung von dringend benötigten medizinischen Schutzgütern oder durch die Aufnahme von Schwerstkranken in ihren Krankenhäusern. Gerade in der Krise hat sich die Stärke und Belastbarkeit der über Jahre gewachsenen Beziehungen gezeigt.

Europa braucht starke Kommunen – vor allem aktive Kommunen, die durch Freundschaft, Kooperation oder Partnerschaft miteinander verbunden sind. Die kommunale Ebene ist nicht so abhängig von den politischen Wechselbädern aufeinander folgender Legislaturperioden, denn hier haben zivil-gesellschaftliche Gruppen Gestaltungsmöglichkeiten, die nachhaltiger wirken. Emotionen und Menschlichkeit spielen hier eine stärkere Rolle.

Auf der kommunalen Ebene sind die Wege kurz, wenn es darum geht, schnelle, hilfreiche Lösungen für Betroffene zu finden. Gerade in der Krise haben sich die Kommunen miteinander ausgetauscht, voneinander und miteinander gelernt.

Dies gilt auch weit über die COVID-19-Pandemie hinaus: Kommunen arbeiten in Partnerschaften und Netzwerken zusammen, um Lösungen für den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel zu entwickeln. Sie lernen von- und miteinander, wenn es um digitale Lösungen geht. Sie beraten, unterstützen und stärken einander im Umgang mit Geflüchteten und deren Integration in die Gesellschaft. Sie entwickeln gemeinsam Lösungsansätze für eine nachhaltige Mobilität – über alle Grenzen und Sprachen hinweg. Mit einem Satz: Sie gehen miteinander solidarisch um. Dies schafft Zusammenhalt. Das ist ein Stück des Europas, das wir brauchen.



Wie die Stadt Velbert schickten viele deutsche Kommunen während der Corona-Krise Grußbotschaften an ihre Partnergemeinden

Das Engagement der Kommunen für Europa ist nachhaltig. Sie wollen Europas Zukunft im Sinne der Menschen gestalten. Denn durch sie ist Europa lebendig, in den Kommunen finden Begegnungen statt, hier schlägt buchstäblich das Herz Europas. Kommunen können die Identifikation mit Europa stärken und schaffen somit Verbundenheit mit den Menschen in anderen europäischen Mitgliedstaaten.

Starkes Europa nur mit starken Kommunen

Europa braucht starke Kommunen als Ideengeber und Umsetzer, als Motor und Kümmerer. Deshalb müssen sie auch als echte und gleichberechtigte Partner im Mehr-ebenen-System der EU ernst genommen werden. Noch viel zu selten findet kommunale Expertise Eingang in die Politikgestaltung der Europäischen Union. Europa kann nur dann Erfolg haben, wenn es Ergebnisse in Politikbereichen schafft, die für den Alltag der Menschen essenziell sind. Die Einrichtung kommunaler „Think Tanks“ sowie die Sicherstellung verbriefteter Beteiligungsmechanismen könnten hier Abhilfe schaffen. Äußerst



Foto: Stadt Iserlohn

Die Kommunen in Deutschland zeigen sich nicht nur in Krisenzeiten solidarisch

wichtig ist ebenso eine konsequente und strukturierte Einbeziehung in den Prozess um die Zukunft Europas.

Partnerschaft auf Augenhöhe bedeutet auch, für einen ausreichenden finanziellen Spielraum zu sorgen. Dazu bedarf es vor allem einer Kohäsionspolitik, die sich an den Bedürfnissen der Kommunen und Regionen orientiert. Um dem Ziel der Erreichung gleichwertiger Lebensverhältnisse in der Europäischen Union näher zu kommen, müssen die Strukturfonds ausreichend ausgestattet sein. Die Kohäsionspolitik der EU muss weiterhin für alle Mitgliedstaaten offen sein. Nur so wird das Gefühl des Zusammenhalts gestärkt. Nur so werden nicht denen Argumente geliefert, die Neid schüren und die unterschiedlichen Regionen gegeneinander ausspielen wollen.

Kofinanzierungsquoten müssen so gestaltet sein, dass auch weniger finanzstarke Kommunen diese stemmen können – also diejenigen, die die zusätzlichen Finanzmittel dringend benötigen. Kommunen dürfen nicht durch überbordende Bürokratie zusätzlich belastet werden. Die während der Corona-Pandemie eingeführten bürokratischen Erleichterungen müssen aufrechterhalten werden. Damit die finanzielle Unterstützung tatsächlich bei den Menschen ankommt, müssen die Kommunen von den Mitteln aus dem Wiederaufbauplan „Next Generation EU“ profitieren können. Dies alles muss bei den Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen für die Jahre 2021 bis 2027 (MFR) und das Programm „Next Generation EU“ beachtet werden.

Bei all dem darf nicht vergessen werden: Solidarität und Zusammenhalt hören nicht an den europäischen Grenzen auf. Kommunen

engagieren sich im Rahmen von Projekten der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit weltweit. Sie tragen wesentlich zur Umsetzung der Agenda 2030 mit ihren nachhaltigen Entwicklungszügen bei. Und sie setzen sich ein für die europäischen Werte: Mit den Menschen in Polen und Ungarn suchen sie den Schulterschluss. Wenn beispielsweise kurdische Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in der Türkei abgesetzt werden, wenden sie sich an den Bundesaußenminister. Werden Menschenrechte verletzt, suchen sie das Gespräch mit ihren Partnern in Belarus, China oder dem Nahen Osten. „Urban Diplomacy“ schafft so – unterhalb der nationalstaatlichen Ebene – einen Raum für Dialog. Auf diese Weise unterstützen Kommunen die EU dabei, Europas Rolle in der Welt zu stärken.

In der Krise erleben wir ein Europa zwischen Egoismen und Solidarität. Die COVID-19-Pandemie macht dies besonders deutlich. Die enormen Herausforderungen, vor denen wir stehen, können wir jedoch nur gemeinsam stemmen – mit den Kommunen und ihren Bürgerinnen und Bürgern. Dazu bedarf es einer echten Partnerschaft auf Augenhöhe. Die Kommunen haben erneut gezeigt, dass sie ein Garant sind für den Zusammenhalt, für Werte und Solidarität. Europa täte gut daran, die Kommunen und ihr Engagement ernster zu nehmen als bisher.

Infos

Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas:
<https://www.rge.de/>